



Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Post über:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6/9
39104 Magdeburg

Haldensleben im März 1997

EAK2.DOC

Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises in Sachsen-Anhalt

Wir möchten Sie auch heute wieder, in nun schon etwas vertrauterer Weise, über unsere Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises in Sachsen-Anhalt informieren.

Unsere Themen:

- Ostergruß**
Pfarrer Klaus Schlegel
- EAK-Wochenendseminar in Hermannsburg**
stell. Vorsitzender Michael Schekatz
- K-A-Stiftung: Hat der Sozialstaat eine Zukunft?**
stell. Vorsitzender Michael Schekatz
- Gedanken zur sozialen Marktwirtschaft**
Professor Hans Iben
- Mitgliederversammlung des EAK-SA**
stellv. Vorsitzender Michael Schekatz
- Anfrage der CDU-Fraktion an die Kirchenltg.**
Vorsitzender Jürgen Scharf
- Offener Brief von Christine Lieberknecht**
- Diffamierung christlicher Überzeugungen**
- Veranstaltungen des EAK**

Vor uns und unseren Familien liegt das Osterfest. Die Christen grüßen sich an diesem Fest mit dem Ostergruß: „Der Herr ist auferstanden.“ Die Antwort lautet: „Er ist wahrhaftig auferstanden.“ Der Glaube an die Auferstehung ermöglicht uns eine Hoffnung mit Zukunft.

Die Menschen unserer Tage sagen uns: „Hört doch auf mit dieser überholten Geschichte. Schaut doch endlich einmal die Realitäten an: Arbeitslosigkeit, zwingende Reformen, Hoffnungslosigkeit.“ Auch die

Bibel kennt diesen Zustand. In Lukas 24 Vers 1-8 wird uns geschildert, wie am Leben verzweifelte Frauen die Auferstehung erleben durften. Sie suchten den toten Jesus, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Aber sie finden nur ein leeres Grab.

Verwirrung und Trauer statt Freude! „Was sucht ihr den Lebenden bei den Toten?“ Wo suchen wir Jesus, den Lebenden? In altehrwürdigen Kirchen, in geheiligten Traditionen, in festgefühten Glaubensgrundsätzen? Einige finden ihn, als sie unterwegs sind mit ihren enttäuschten Hoffnungen, aber im Gespräch miteinander und mit der Bibel. Da brennt ihnen das Herz, und sie begegnen dem Lebenden.

Einige finden ihn, als sie mit dem Fremden am Tisch sitzen und er das Brot bricht. Da begegnen sie dem Lebenden.

Sollte er uns nicht auch so begegnen, wenn wir ihn suchen, da wo er zu finden ist: im Gespräch über die Bibel, in der Gemeinschaft mit anderen!?!

Aus dieser Botschaft heraus schöpfen wir Kraft für die Themen unserer Tage. Wir dürfen wissen: Es gibt Wege aus den festgefahrenen Situationen unserer Krisen. Daran dürfen auch wir mit neuer Hoffnung arbeiten.

Pfarrer Klaus Schlegel

Wochenendseminar in Hermannsburg

Unter dem Thema: „*Ehe und Familie - beliebige Lebensformen oder unverzichtbar für Kirche, Staat und Gesellschaft?*“ trafen sich Mitglieder des EAK Niedersachsen und Sachsen-Anhalt vom 10. bis 12. Januar 1997 zu einem Wochenendseminar in der Lutherischen Heimvolkshochschule in Hermannsburg

Dabei sollten Fragen besprochen werden, wie: Welche Auswirkungen hat es für Kirche, Staat und Gesellschaft, wenn die Ehe in unserem Land mit anderen Formen gelebter Partnerschaft zunehmend „gleichgeschaltet“ wird und wenn die Familie als verlässliches Netz mehrerer Generationen nicht mehr trägt?

Befähigt uns das größere Maß persönlicher Freiheit zu mehr Verantwortung oder „befreit“ es uns von bis dahin akzeptierten Pflichten zu Lasten der Gemeinschaft?

Zum Thema und den gestellten Fragen sprachen Herr Landesbischof Herrmanns aus Bückeburg, Herr Ministerialdirigent Sudmann vom Bundesfamilienministerium und Herr Missionsdirektor Lüdemann von der Hermannsburger Mission.

An diesem Wochenende war auch genügend Raum, um sich durch Fragen an das Thema heranzuarbeiten. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß unsere liberale Betrachtungsweise der Ehe und Familie nicht für alle Völker zutrifft. Hier gibt es geprägt durch den gesellschaftlichen und privaten Besitz und religiöse Anschauungen durchaus andere Ansätze.

Eins wurde bei den Gesprächen ganz deutlich: Wir lösen die anstehenden sozialen Fragen unserer Zeit nicht, wenn wir die Wertigkeit der Ehe und Familie nicht definieren. Das wiederum geht nicht, ohne die Frage der Weltanschauung zu beantworten.

Michael Schekatz

Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 01.02.1997 in Magdeburg

Unter dem Thema „Hat der Sozialstaat eine Zukunft?“ hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion und dem EAK Sachsen-Anhalt eingeladen. Mehr als 80

Gäste sind dieser Einladung gefolgt. Mit dem Thema dieses Forums befasst sich der folgende Beitrag von Professor Iben

Im Anschluß an diese Tagung wurde die Vollversammlung der Mitglieder des EAK Sachsen-Anhalt mit der Neuwahl des Landesvorstandes abgehalten.

Gedanken zur Sozialen Marktwirtschaft und zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation

Anläßlich der Diskussionsveranstaltung „Hat der Sozialstaat eine Zukunft?“, die vom Politischen Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU am 1.2.97 in Magdeburg veranstaltet wurde, habe ich einige persönliche Gedanken zu obigem Thema zusammengestellt, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Da ich weder Politiker noch Wirtschaftsfachmann bin, ist die vorliegende Meinungsäußerung subjektiv und unausgewogen, was man mir verzeihen möge.

Die wirtschaftliche Not nach 1945 und die Frontstellung gegenüber dem Kommunismus machte im westlichen Teil Deutschlands eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft erforderlich.

1948 entstand das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU. In den Gründungsaufrufen jener Zeit wird auf den Zusammenhang zwischen christlicher Motivation und dem Privateigentum hingewiesen.

Die CDU beschritt seinerzeit einen Mittelweg zwischen liberalistischem Individualismus, der heute mit dem Begriff Laissez-faire-Kapitalismus in enge Verbindung gebracht werden muß und dem sozialistischen Kollektivismus.

Die Soziale Marktwirtschaft entstand auf der Basis eines demokratischen Rechtsstaates unter maßgeblicher Beachtung der sittlichen Gesetze des Christentums. Sie war eine Antwort auf die Nöte und Erfordernisse der damaligen Zeit.

Die Einführung der sozialmarktwirtschaftlichen Politik machte ihre Väter

hauptsächlich abhängig von dem Gemeinschaftswillen aller Schichten des Volkes. Die CDU verstand sich als christlich-demokratische Volkspartei. Die Not des deutschen Volkes ist auch unsere Not, so Johannes Gronowski. Durch ihre an den gesellschaftlichen Erfordernissen orientierte Politik fand sie die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten.

In den folgenden Jahren entwickelte sich die Soziale Marktwirtschaft im Spannungsfeld Ost-West. Die auf dem 6. Bundesparteitag in Stuttgart 1956 verabschiedeten Entschlüsse betrafen die Rentenversicherung, die Familienförderung, die Bildung von Eigentum und die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Sachwerten der Wirtschaft. In den Gesetzesvorschlägen ging es um das dreifache Recht des Menschen auf Sicherheit, angemessenen Anteil am Sozialprodukt und soziale Hilfe bei Krankheit. Mit der Wahl 1957 erreichte Adenauer den Zenit seines öffentlichen Ansehens, und die CDU galt als eine innovative und der Zukunft zugewandte Partei. Fragt man heute nach dem Rezept zu diesem Erfolg, so muß man feststellen:

Die CDU nahm sich der anstehenden Probleme kompromißlos und mit äußerster Sachkenntnis an.

1962 traten erste wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Die Konjunktur durchlief eine Phase der Überhitzung. Die Löhne waren überproportional gestiegen. Sie orientierten sich nicht mehr ausschließlich an der Produktivität. Ludwig Erhard richtete einen Maßhalte-Appell an die Bundesbürger. Adenauer plädierte dafür, das Erreichte zu sichern. Beides fand wenig Gehör.

Am 16. Oktober 1963 löste Ludwig Erhard Konrad Adenauer in der Regierungsverantwortung ab. Ludwig Erhard war der geistige Kopf der Sozialen Marktwirtschaft. Sein Leitbild bestand darin, den Rahmen für die Wirtschaft so zu gestalten, daß breiter Wohlstand entstehen kann. Die Menschen sollten befähigt werden, für sich selbst zu sorgen. Die Sozialpolitik sollte unterstützend eingreifen.

Die nun folgende Entwicklung war gekennzeichnet durch:

- Die Gewerkschaften trieben in den 70. und 80. Jahren die Löhne in die Höhe. Heute ist die Arbeit in Deutschland auch auf Grund der hohen Lohnnebenkosten kaum noch bezahlbar.
- Es setzte eine Verschuldung der Bundesrepublik ein.
- Man warb Ausländer als billige Arbeitskräfte an.
- Die Arbeitslosigkeit unter der einheimischen Bevölkerung nahm zu.
- Das bis 1989 bestehende sozialistische Lager sorgte in gewisser Weise für einen Ausgleich und eine Balance der in der Marktwirtschaft wirkenden gegensätzlichen Interessen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers verlor das Feindbild einer weltweiten kommunistischen Bedrohung an Dominanz. Die Marktwirtschaft wird gegenwärtig durch ihre eigenen Schwächen bedroht.

Diese Schwächen bestehen prinzipiell in:

1. Der Laissez-faire-Kapitalismus, der gegenwärtig vor allem von der F.D.P. propagiert wird, überbetont die Bedeutung des Marktes. Er fordert einen ungeregelter Markt und vertritt eine Wirtschaftstheorie weitestgehend ohne Moralphilosophie.

Es wird behauptet, weil die Umverteilung zu Mängeln und Verzerrungen führe, könnten die Probleme durch die Ausschaltung der Umverteilung gelöst werden. Diese Argumentation erinnert an die Behauptung der Kommunisten, die Konkurrenz sei Verschwendung, und deshalb ist die zentral geplante Wirtschaft erforderlich.

Wohlstand akkumuliert sich in den Händen seiner Eigentümer. Gibt es aber keine Umverteilung, so kann es zu unerträglichen Ungerechtigkeiten und verheerenden Umweltschäden kommen.

2. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich wächst.

3. An die Stelle des Glaubens an Prinzipien und dessen Verwirklichung ist der Kult des Erfolges getreten.

Werfen wir einen Blick auf Rußland. Das System des Raubkapitalismus, das in diesem Land die Herrschaft angetreten hat, ist so ungerecht, daß die Menschen sich leicht einem charismatischen Führer zuwenden, der auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten den nationalen Wiederaufstieg in Aussicht stellt. Die Gefahr, die damit für den Weltfrieden verbunden ist, kann nicht überschätzt werden.

Die freiheitliche demokratische Gesellschaft ist eine komplizierte gesellschaftliche Struktur, die bewußt weiterentwickelt werden muß. Die Ansicht, die ungehinderte Verfolgung von Eigeninteressen und Konkurrenz werde letztlich ein wirtschaftliches, ökologisches und politisches Gleichgewicht bewirken, halte ich nicht nur für überheblich, sondern auch für falsch.

Welche Situation finden wir heute vor:

- Die Bundesdeutschen leben bereits seit den 80. Jahren über ihre Verhältnisse. Die Einheit Deutschland hat die Rezension in den alten Bundesländern durch den Ausverkauf der ehemaligen DDR nur hinausgezögert.
- Der Stellenabbau in den Unternehmen erhöht die Aktienkurse. Letztere sind ein entscheidendes Wirtschaftskriterium.
- Der häufig benutzte Slogan der Parteien Arbeitsplätze zu schaffen, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu senken, wird nicht mit durchdachten Vorschlägen begleitet.
- Die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht ausschließlich durch den Abbau der Überstunden halbieren.
- Es besteht z. Z. kein Bedarf an Mehrprodukten, der Markt ist in aller Regel gesättigt.
- Wohl aber besteht Bedarf an besseren, konkurrenzfähigen Produkten. Dazu müßten aber verstärkt Arbeitskräfte in der Forschung und der vorbereitenden

Produktion tätig werden, was zumindest in den neuen Bundesländern nicht geschieht. Hier werden Forschung und Entwicklung gegenwärtig drastisch reduziert und in die alten Bundesländer verlegt.

- Der Anteil der vergegenständlichten menschlichen Arbeit an einem Produkt wird in Folge der fortschreitenden Automatisierung und der verstärkten Einbeziehung der Informatik in die Produktion weiter abnehmen. D.h. im produzierenden Bereich werden künftig noch weniger Menschen tätig sein. Davon müssen die Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausgehen.

Um der Soziale Marktwirtschaft eine Chance zu geben, sollte sich die CDU verstärkt mit folgenden Gesichtspunkten auseinandersetzen:

- Es muß über Rahmenbedingungen nachgedacht werden, wie auf breiter Basis die Arbeit sozial und gerecht geteilt werden kann. Von dieser Teilung darf keine Berufsgruppe ausgeschlossen werden.
- Den Unternehmen muß Steuerehrlichkeit abverlangt werden. Stärkere Wirtschaftskontrollen sind erforderlich.
- Die Steuern der Banken und Unternehmen müssen im Land verbleiben und nicht legal oder illegal außer Landes gelangen.
- Die Zahlungsmoral ist einzufordern.
- Der Verdienst muß der Leistung entsprechen. Und das nicht nur im produzierenden Bereich, sondern zu allererst im Management, bei den Vorständen der Konzerne und Banken, in der Verwaltung, Politik usw.
- Schließlich sollten alle wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen auch an den Grundsätzen christlicher Moral und nicht ausschließlich an der wirtschaftlichen Effizienz gemessen werden.

Hans Iben

Mitgliedervollversammlung des EAK Sachsen-Anhalt mit Landesvorstandswahl am 01. Februar 1997

Im Rahmen dieser Tagung stellte unser Vorsitzender Jürgen Scharf den Bericht über die Arbeit des EAK vor. Er wurde von den Teilnehmern bestätigt und dem alten Vorstand Entlastung erteilt. Im Anschluß daran wurde darüber beraten, wie der EAK Sachsen-Anhalt mit der sogenannten „Erfurter Erklärung“ umgehen will. Es kann ja nicht hingenommen werden, daß einige linke Theologen meinen, für alle Christen in diesem Land zu sprechen. Wir empfinden dieses um so belastender, weil die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen sich hierzu nicht eindeutig positioniert hat. Viele evangelische Christen, die auch Mitglieder der Union sind, fühlen sich ausgegrenzt. Die Mitglieder haben den neuen Landesvorstand beauftragt diesbezüglich mit der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen Kontakt aufzunehmen.

Zu diesem Thema hat sich auch die CDU-Landtagsfraktion geäußert. Ebenso hat dies auch die Thüringer Ministerin Frau Christine Lieberknecht, die auch stv. EAK-Bundesvorsitzende ist, getan.

Nach dieser Aussprache wurde der neue Landesvorstand gewählt. Wir möchten auf diesem Wege allen Mitgliedern des Landesvorstandes gratulieren und Ihnen viel Glück und Gottes Segen für die neue Aufgabe wünschen. In der Anlage erhalten sie die Liste der Mitglieder des Landesvorstandes.

Michael Schekatz

Wie steht die Evangelische Kirche zum Erfurter Papier?

Haltung der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen interessiert CDU-Fraktion

Am 19. Januar 1997 fand in der Erfurter Kaufmannskirche eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Veranstaltungsreihe der 'Evangelischen Kommentare' statt. Thema war die sogenannte 'Erfurter Erklärung',

in der Vertreter aus Kirche, Politik, Kultur und Gesellschaft der „regierenden Politik“ einen „kalten Krieg gegen den Sozialstaat“ vorwerfen und zu einem Machtwechsel in Bonn unter Mitwirkung der PDS auffordern. Zu den Autoren und Erstunterzeichnern dieses Papiers gehören auch namhafte Theologen wie Friedrich Schorlemmer, Heiner Falcke und Edelbert Richter. Deshalb sollte es bei dieser Kirchenveranstaltung um eine Bewertung im Lichte des christlichen Selbstverständnisses gehen. Für die Unterzeichner sprach Edelbert Richter, sein Kontrahent war CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Bergner. Edelbert Richter begründete seine Zustimmung zur 'Erfurter Erklärung' mit den „Ungerechtigkeiten“ des Einigungsprozesses und „dieser Gesellschaft“. Er sprach von einer „verkehrten Wiedervereinigungspolitik“ und sah die gesellschaftliche Entwicklung im Widerspruch zum christlichen Glauben.

Christoph Bergner verwahrte sich dagegen, der deutschen Vereinigung eine „ausbeuterische Zwecksetzung“ zu unterstellen. Niemand dürfe die Lasten ignorieren, die die Menschen im Osten zu tragen haben, aber auch niemand die Solidarität des Westens, die in beachtlichen Transferleistungen ihren Niederschlag fände. Als Christ vermißte Bergner die Dankbarkeit für die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas in der 'Erfurter Erklärung'. Er sprach von einem „provinziellen Geist“, wenn Theologen, die das Bewußtsein für Weltverantwortung wecken wollten, die Probleme und Chancen der Globalisierung und des weltweiten Standortwettbewerbes völlig unberücksichtigt ließen. Besonders fragwürdig erschien es Bergner, daß „Prediger des Evangeliums Zuflucht zu einer Partei suchen, deren politische Programmatik in einer atheistischen Selbsterlösungsideologie wurzelt“. Tatsächlich legitimiert die 'Erfurter Erklärung' nicht nur die Bündnisse mit der PDS, sondern erkennt auch die „Kommunistische Plattform“ innerhalb der PDS an.

Im Nachgang zu dieser Auseinandersetzung ist in der CDU-Fraktion die Frage nach der Haltung der Kirchenleitung in der Kirchenprovinz Sachsen aufgeworfen worden. Der Vorsitzende des EAK, Jürgen Scharf, betonte, daß zwar eine Distanzierung des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Engelhardt, und des Thüringer Landesbischofs von der Zielstellung der 'Erfurter Erklärung' erfolgt sei, die Kirchenleitung der Provinz Sachsen sich jedoch bisher noch nicht geäußert habe. „Es muß an dieser Stelle gefragt werden, was unserer Kirchenleitung die Erhaltung des demokratischen Grundkonsenses wert ist und inwieweit sie bereit ist, sich mit abstrusen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu identifizieren, die inzwischen auch unter Sachverständigen von SPD und GRÜNEN nur mit Kopfschütteln kommentiert worden sind“, meint Scharf. „Schließlich ist auch daran zu erinnern, daß zahlreiche Unterzeichner wie Friedrich Schorlemmer, die die regierende Politik der letzten Jahre anklagen, selbst genug Gelegenheit gehabt haben, in ihrem Verantwortungsbereich Politik mitzugestalten. Sie sehen heute 'den Splitter im Auge des Nächsten' und werden oft genug des 'Balken im eigenen Auge' nicht gewahr.“

Jürgen Scharf

Offener Brief

Die Thüringer Ministerin für Bundesangelegenheiten, Christine Lieberknecht, die auch stv. EAK-Bundesvorsitzende ist, hat an zwei Theologen, die zu den Unterzeichnern der Erfurter Erklärung gehören, folgenden offenen Brief geschrieben. Die Empfänger sind Probst i. R. Dr. Dr. Heino Falcke und Friedrich Schorlemmer.

„Mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie als namhafter Wegbereiter der Demokratie in der DDR aus dem kirchlichen Raum die „Erfurter Erklärung“ unterschrieben haben. Die Autoren der Erklärung stützen ihre politischen Hoffnungen auf ein politisches Bündnis, das die Nachlaßverwalter des ge-

scheiterten DDR-Sozialismus einschließt, gegen den Sie verdienstvoll in vorderster Linie gekämpft haben. Und ausgerechnet Sie wollen jetzt einem solchen Bündnis den Weg ebnen?

Diese Erklärung polarisiert, polemisiert und verletzt. Sie trägt in keiner Weise dazu bei, die großen Probleme zu lösen, vor denen unser Wirtschafts- und Sozialsystem steht. Sie ist darauf angelegt, die dringend gebotene Suche nach einem neuen Konsens in unserem Gemeinwesen zu torpedieren. Ich respektiere Ihre Sorge - aber ich bedauere, daß Sie an dieser Erklärung mitgewirkt haben.

Ich nehme Ihnen nicht übel, daß Sie die bestehenden Schwierigkeiten nach Art eines Horrorgemäldes grotesk überzeichnen. Diese Wahrnehmung sei Ihnen unbenommen, auch wenn ich sie nicht teile. Ich möchte mich auch nicht damit aufhalten, daß Sie eine andere Regierung im Bund haben wollen. Dafür zu kämpfen, ist das Lebenselixier der Demokratie. Über die unterbreiteten Reformvorschläge und inhaltlichen Ziele kann man streiten, obgleich ich davon überzeugt bin, daß damit auf Kosten der Bürger lediglich ein teurer Umweg eingeschlagen würde. Niemand hat eine Patentlösung.

Empörend und persönlich verletzend empfinde ich aber, daß Sie meiner Partei und ihrem Koalitionspartner im Bund den Willen absprechen, die soziale Verantwortung für dieses Volk und die sozialen Sicherungssysteme zu übernehmen. Die Behauptung, die immerhin auf eine demokratisch gewählte Mehrheit gestützte Regierung betrachte das Volk als Gegner und führe einen „kalten Krieg gegen den Sozialstaat“, ist unglaublich. Es muß uns gemeinsam gelingen, die sozialen Sicherungssysteme auf zukunftsfähige Fundamente zu stellen. Sie aber brechen Brücken ab und zerstören die Gesprächsgrundlage.

Ihr politisches Kurzzeitgedächtnis erstaunt mich. Wer den deutschen Vereinigungsprozeß unkommentiert als Enteignung erworbener Rechte - es fragt sich welcher? - und zerstörter Hoffnungen skizziert, der

muß sich fragen lassen, ob er noch weiß, wo wir hergekommen sind. Sie können es doch nicht schon vergessen haben!

Wer den Geist von 1989 beschwört, um eine demokratisch ins Amt gekommene Regierung abzuwählen, der verniedlicht die DDR und verunglimpft die freiheitlich demokratische Grundordnung. 1989 ging es um eine völlig andere Dimension: um Freiheit und Menschenrechte oder Diktatur. Ich frage Sie: Was hat das mit den Bundestagswahlen 1998 zu tun?

Nur am Rande bemerkt: Die friedliche Revolution hatte für die große Mehrheit der Menschen in der DDR auch nichts mit dem marxistisch beeinflussten Visionen westdeutscher „68er“ zu tun. In diese Richtung drängt es allenfalls jene Kreise, die im November 1989 dem Aufruf für unser Land veröffentlicht haben und die DDR als sozialistisches Experimentierfeld erhalten wollten. Sie begegnen uns zum Teil als Unterzeichner der „Erfurter Erklärung“ wieder. Und was 1968 angeht: Für mich ist das immer noch das Jahr, in dem Tschechen und Slowaken für die Freiheit gekämpft und versucht haben, den Kommunismus abzuschütteln.

Wer die CDU der DDR zu einer „SED-Schwesterpartei“ erklärt und damit ein Element der Freiwilligkeit suggeriert, stellt die Dinge auf den Kopf. Sie wissen so gut wie ich, daß zahllose Menschen seinerzeit der CDU beigetreten sind, um von der SED verschont zu bleiben und auch im außer-kirchlichen Leben Christen sein zu können.

Mit einer bisher nicht einmal von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen an den Tag gelegten Skrupellosigkeit werfen Sie sich statt dessen den Nachlaßverwaltern der überwundenen Diktatur in die Arme, um einen Regierungswechsel herbeizuführen - koste es was es wolle. Lohnt sich dieser Preis? Wollen Sie ernsthaft daran mitwirken?“

Christine Lieberknecht

CDU-Medienpolitiker monieren:

Diffamierung christlicher Überzeugungen

Der Bundesfachausschuß Medienpolitik der CDU hat unter Vorsitz von Staatsminister Anton Pfeifer die in jüngster Zeit wiederholt vorgekommenen Diffamierungen der christlichen Glaubensüberzeugungen durch einige Medien kritisiert. Pfeifer sprach von „beschämenden Angriffen auf die religiösen Überzeugungen gläubiger Menschen vor allem katholischer und evangelischer Konfession, die unter dem Deckmantel der Satire die Grenze zur Geschmacklosigkeit oftmals weit überschreiten.“ Zum Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit gehören immer auch die Verantwortung für die Wahrung des Persönlichkeitsschutzes und die Respektierung sittlicher, religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen. „Es hat auf Dauer schlimme Folgen für das friedliche Zusammenleben, für die Toleranz und für das Wertebewußtsein und die Werteorientierung in unserer Gesellschaft, wenn Glaubensüberzeugungen und die daraus abgeleiteten ethischen Maßstäbe verhöhnt werden.“ Nachdem es sowohl bei den privaten als auch den öffentlich-rechtlichen Programmanbietern sowie einigen Printmedien zu solchen Diffamierungen gekommen war, kündigte der Ausschuß jetzt Gespräche mit Rundfunkaufsichtsgremien, den Journalistenverbänden und den betroffenen Institutionen an. Er forderte die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in den Medien auf, die Diffamierungen von religiösen Überzeugungen nicht gleichgültig hinzunehmen, sondern den Anfängen zu wehren. *aus Union 4/96*

An dieser Stelle möchten wir eine Einladung des EAK-Kreisverbandes Magdeburg weitergeben:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des Evangelischen Arbeitskreises,

über die Folgen des sozialistischen Schulsystems, insbesondere über die hinterlassenen „materialistischen Geisteswüsten“ können Sie aus Ihren eigenen Erfahrungen selbst berichten. Wenn aber heute

- in einer freien Gesellschaft - mit größtem Argwohn auf eine Vermittlung christlicher Erfahrungen in der Schule gesehen wird, so sollte uns das nicht unberührt lassen. Wir freuen uns, daß es uns als Evangelischer Arbeitskreis gelungen ist,

Herrn **OKR Detlef Kahl** einzuladen. Er wird als kompetenter Vertreter der Kirchenprovinz Sachsen am Mittwoch, 23.4.97, 19.30 Uhr im Gemeindesaal der Evangelisch-Reformierten Gemeinde im **Gemeindezentrum** Magdeburg, **Neustädter Str. 6** zum Thema: **Identität und Verständigung: Die Bedeutung von Religionsunterricht für die öffentlichen Schulen** sprechen.

Wolfgang Löw

Wir wünschen Ihnen allen sowie Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest.

Jürgen Scharf *Michael Schekatz*
Vorsitzender

Vorstandsmitglieder EAK

Vorsitzender:

Herr Jürgen Scharf
Westernplan 10a
39108 Magdeburg

Stellvertreter:

Herr Michael Schekatz
Dessauer Str. 22a
39340 Haldensleben

Schriftführer:

Herr Dr. Christoph v. Katte
Hohenkamern 14
39524 Kamern

Weitere Mitglieder:

Frau Elke-Maria Parthier
Hochstr. 2
06110 Halle

Frau Reinhild Häusler
August-Bebel-Str. 2
35590 Tangermünde

Frau Etta Gonschorek
Str. der Deutschen Einheit 27
39326 Wolmirstedt

Herr Horst Wolff
Claudiusstr. 6
06618 Naumburg

Herr Karl-Heinz Mewes
Dorfstr. 20

39618 Deutsch

Herr Karl-Martin Kuntze
Hildesheimer Str. 28
06128 Halle (Saale)

Herr
Jürgen von Beyme
Buchenweg 4
39171 Langenweddingen

Vorsitzende Kreisverbände

Kreisverband Stendal

Herr Dr. v. Katte
Hohenkamern 14
39524 Kamern

Kreisverband Magdeburg

Herr Wolfgang Löw
Lilienweg 174
39118 Magdeburg

Burgenlandkreis

Herr Horst Wolff
Claudiusstr. 6
06618 Naumburg

Kreisverband Wernigerode, Quedlinburg Halberstadt

Herr Dr. Uwe Heuck
Klusstr. 18
38820 Halberstadt